

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Kultur- und Sportausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 15.06.2020
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:48 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU für Patrick Brandt

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Benjamin Dau SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD für Rainer Meyer

Frau Sabine Koopmann SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne für Jörn Benjes

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Rainer Zörgiebel

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Frau Sabine Meyer

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Dirk Bakenhus UWG

Herr Erich Bischoff CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

Herr Dr. Friedrich Scheele von der Residenzort Rastede GmbH

sowie rund 50 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Patrick Brandt	CDU
Herr Rainer Meyer	SPD
Herr Jörn Benjes	B90/Grüne
Herr Rainer Zörgiebel	FFR

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.02.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Neukonzeption Palaisensemble
Vorlage: 2020/081
- 6 Auflösung des Gemeindearchivs
Vorlage: 2020/080
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Kultur- und Sportausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.02.2020

Der Kultur- und Sportausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses vom 24.02.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Bedingungen unter dem der Kunst- und Kulturkreis Rastede (KKR) künftig Räumlichkeiten im Palais mitnutzen kann
- künftig angedachte Öffnungszeiten des Palais
- künftige Kontrolle der Ausstellungen im Palais
- weiterer Entscheidungsablauf bei der Neukonzeption rund um das Palaisensemble
- Suche nach einem alternativen Standort für das Archiv
- Einbindung der Bürgerschaft in die Entscheidungsfindung
- Mittelfristige Finanzplanung für das Palais
- Angestelltenverhältnisse des KKR
- Einbindung des KKR bei der Erstellung der Vorlage zum Palais
- Zukunft Theater Orlando
- Personelle Situation im Archiv
- Sachstand zum Mühlenstraßenareal (ehemaliger Sportplatz)

Im weiteren Verlauf der Einwohnerfragestunde wird von einer Bürgerin angeregt, eine zusätzliche Einwohnerfragestunde unter dem TOP 5 „Neukonzeption Palaisensemble“ zuzulassen.

Seitens der Mitglieder des Kultur- und Sportausschuss wird dieser Vorschlag einvernehmlich befürwortet.

Tagesordnungspunkt 5

Neukonzeption Palaisensemble
Vorlage: 2020/081

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, die wesentlichen Inhalte der Vorlage vor, wobei er im Hinblick auf den Förderbescheid insbesondere auf die Notwendigkeit des Beschlusses über das Bauprogramm eingeht und überdies die Erfordernis des ursprünglich geplanten Veranstaltungsraumes infrage stellt. Im Übrigen weist er darauf hin, dass bereits eine nicht unerhebliche Baukostensteigerung zu erwarten ist und obendrein Zusatzkosten für die Einrichtung u. ä. beziehungsweise den laufenden Betrieb noch nicht berücksichtigt sind. Abschließend geht er noch einmal vertiefend auf die dargelegte Vertragssituation mit den Kunst- und Kulturkreis Rastede (KKR) und das vorgesehene Marketingkonzept ein.

Herr Röben unterbricht wie unter TOP 4 „Einwohnerfragestunde“ einvernehmlich vereinbart die Sitzung und weist darauf hin, dass jetzt erneut die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Planungssicherheit für den KKR
- Kündigungszeitpunkt des Vertrags mit dem KKR
- Möglichkeiten der Einbindung des KKR bei der Erstellung der Vorlage
- Kurze Frist für den KKR zur Erstellung einer Neukonzeption

Herr Lehnert gibt zu verstehen, dass es aus seiner Sicht sinnvoller gewesen wäre, die verschiedenen Punkte und Fragen auf mehrere Ausschüsse aufzuteilen und die Öffentlichkeit bei der Diskussion früher einzubeziehen. Dessen ungeachtet hätte er bei der Erstellung der Vorlage mehr Fingerspitzengefühl und eine größere Wertschätzung des KKR erwartet, zumal auch der Bürgermeister spätestens bei der Freigabe involviert war. Gleichwohl trägt die CDU-Fraktion die Grundüberlegungen mit, hegt jedoch Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Kündigung des Vertrages mit dem KKR, da auch weiterhin mit dem Verein vertrauensvoll zusammengearbeitet werden soll. Vor dem Hintergrund, dass noch keine Förderbescheide (bis auf LK Ammerland) vorliegen und daher noch nicht klar ist, ob nächstes Jahr überhaupt gebaut wird, ist die Kündigung zum 31.12.2020 nicht angemessen. Im Übrigen spricht er sich dagegen aus, bereits vorzeitig das Veranstaltungsgebäude zu streichen, bevor nicht auch unter Beteiligung von Rasteder Gastronomen, Eventveranstaltern und interessierten Dritten deutlich herausgearbeitet wurde, welche Möglichkeiten eine derartige Räumlichkeit auch im Hinblick auf das ausgegebene Motto „Kultur und Genuss“ bietet.

Herr Janßen betont, dass er die Argumentation der Verwaltung größtenteils nachvollziehen und mittragen kann, jedoch auf einen Veranstaltungsraum zum jetzigen Zeitpunkt nicht verzichten möchte und deren Errichtung von einem tragfähigen Konzept abhängig machen möchte. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Zusammenarbeit mit dem KKR nicht infrage stellt, sondern im hohen Maße wertschätzt und auch weiterhin mit dem KKR zusammenarbeiten möchte.

Gleichwohl wird die SPD der Kündigung des Vertrages mit dem KKR heute zustimmen, da es sich um einen formalen Akt handelt, der notwendig ist, um die geplanten Baumaßnahmen auf den Weg bringen zu können. Ziel muss es letztendlich sein, eine vernünftige Lösung zu erarbeiten, bei der die Gemeinde zwar den Hut auf hat, jedoch der KKR mit seinen vielen ehrenamtlichen Mitgliedern, seiner Tatkraft und den guten Ideen weiter eng eingebunden wird. Vor diesem Hintergrund wird die SPD-Fraktion den nachfolgenden Änderungsantrag einbringen, der im Wesentlichen die nähere Betrachtung des Veranstaltungsraums sowie die weiterführenden Gespräche mit dem KKR beinhaltet:

(Änderungsvorschläge in kursiv und fett)

- I. Das grundlegende Konzept zur Durchführung baulicher Maßnahmen im Bereich des Palaisensembles wird gemäß den Darstellungen, die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt sind, mit folgenden Maßgaben beschlossen:
 1. **Die Baumaßnahmen werden unter vorrangiger Berücksichtigung einer baulichen Ertüchtigung und historischen Instandsetzung des Palaisensembles, in der Rangfolge bestehend aus dem Palais, Nebengebäude, Marstall und Remise sowie nachrangig den Torhäusern durchgeführt.**
 2. **Für den Neubau eines geplanten Veranstaltungsraumes ist die Vorlage eines tragfähigen Konzeptes erforderlich. Die Verwaltung wird beauftragt, dies in die Wege zu leiten und den Gremien als bald – spätestens im Herbst 2020 – vorzustellen.**
 3. **Voraussetzung für die Baumaßnahmen ist die Gewährung von Zuschüssen von dritter Seite in einer Gesamthöhe von mindestens 75 % der geschätzten Gesamtbaukosten.**
 4. **Der Eigenanteil sollte 500.000 € (mit Torhäusern und Veranstaltungsraum 800.000 €) nicht überschreiten. Das Ganze steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.**
 5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Baukosten um weitere Kosten der Einrichtung, Ausstattung und Herrichtung der Gesamtanlage erhöhen können. **Auch hierfür sind Drittmittel einzuwerben.**
 6. Die Verwaltung wird im Hinblick auf das bereits beschlossene Nutzungskonzept gemäß Anlage 1 zur Vorlage 2018/014 beauftragt, hierfür zu gegebener Zeit konkrete Handlungsschritte und Maßnahmen vorzustellen.
 7. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsschritte zur Konkretisierung der einzelnen Bauabschnitte vorzubereiten.
- II. wie im Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgesehen
- III. 1. und 2. Absatz wie im Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgesehen

Neu 3. Absatz:

Unabhängig davon wird die Verwaltung aufgefordert, mit dem KKR umgehend Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit und unsere gemeinsame Zukunft während und nach der Bauzeit zu führen.

Die Ergebnisse sind den politischen Gremien zur Kenntnis zu geben.

IV. wie im Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgesehen

Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Kündigung mit mehr Fingerspitzengefühl vorzubereiten gewesen wäre und es auch Aufgabe der Verwaltung ist, die Thematik in Form einer angemessenen Kommunikation nicht nur mit dem betroffenen Verein zu erörtern, sondern die vorliegenden Informationen auch zu den Bürgerinnen und Bürgern zu transportieren.

Frau Fisbeck begrüßt die vorgestellte bauliche Konzeption ausdrücklich, bedauert jedoch, dass kein geeigneter Platz für ein Café gefunden wurde, womit möglicherweise eine wichtige Aufenthaltsmöglichkeit verloren geht. Sie regt an, gegebenenfalls eine großzügige Küche im Nebengebäude vorzusehen, sofern der Bedarf für den ursprünglich angedachten und für sie nach wie vor wichtigen Veranstaltungsraum nicht gesehen wird. Von dort aus könnte zumindest in einem ersten Schritt eine saisonale Gastronomie betrieben werden, mit der eine hervorragende Aufenthaltsqualität geschaffen werden könnte. Sie spricht sich zudem dafür aus, die Sanierung der Torhäuser nicht zu verschieben, da hier eine gute Option für die Unterbringung des Archivs besteht.

Frau Dr. Eyting befürwortet die grundsätzliche Planung und erklärt, dass aus ihrer Sicht allerdings das Motto „Kultur und Genuss“ stärker herausgearbeitet werden muss, indem beispielsweise ein Café als Nebenstelle eines Rasteder Gastronomen eingerichtet wird, das nur einen vergleichsweise kleinen Küchenbereich benötigt. Im Übrigen sollte die angedachte Veranstaltungshalle nachrangig und nur mit einem tragfähigen Konzept versehen gebaut werden und die Torhäuser gegebenenfalls mittelfristig die Residenzort Rastede GmbH und das Archiv beherbergen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem KKR führt sie aus, dass solange kein Bewilligungsbescheid vorliegt, grundsätzlich keine Notwendigkeit besteht, den bestehenden Vertrag zu kündigen. Im Übrigen sollten die notwendigen weitergehenden vertraglichen Änderungen mit dem KKR für die Übergangszeit und die Zeit nach der Bauphase auf Augenhöhe besprochen werden. Die vorgelegte Kündigung zum 31.12.2020 hält die Fraktion angesichts der guten Arbeit, die der KKR in den vielen Jahren geleistet hat, für nicht angemessen.

Herr Dau schließt sich den Ausführungen von Herrn Janßen weitestgehend an und ergänzt, dass die Vorlage zwar Ecken und Kanten, aber auch eine klare Linie hat. Er spricht sich zudem dafür aus, jetzt das Gespräch mit dem KKR zu suchen, um die weitere Zusammenarbeit klären zu können.

Herr Lehnert unterbreitet anschließend nachfolgenden Beschlussvorschlag:

- I. Das grundlegende Konzept zur Durchführung baulicher Maßnahmen im Bereich des Palaisensembles wird gemäß den Darstellungen, die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt sind, mit folgenden Maßgaben beschlossen:*
 - 1. Die Baumaßnahmen werden unter vorrangiger Berücksichtigung*
 - a) einer baulichen Ertüchtigung und historischen Instandsetzung des Palaisensembles, in der Rangreihenfolge bestehend aus Palais, Nebengebäude, Marstall und Remise sowie nachrangig den Torhäusern und dem Neubau eines Veranstaltungsraumes beinhaltend,*

- b) *im Rahmen der im Bewilligungszeitraum der gewährten Zuschüsse bestehende Verfügbarkeit und*
 - c) *bei Gewährung eines Zuschusses von dritter Seite in einer Gesamthöhe von mindestens 75 % der geschätzten Gesamtbaukosten in Höhe von rd. 2,01 Mill. EUR mit einem Eigenanteil in Höhe von max. 487.000 EUR durchgeführt.*
2. *Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Baukosten um weitere Kosten der Einrichtung, Ausstattung und Herrichtung der Gesamtanlage erhöhen können. Die Verwaltung wird im Hinblick auf das bereits beschlossene Nutzungskonzept gemäß Anlage 1 zur Vorlage 2018/014 beauftragt, hierfür zu gegebener Zeit konkrete Handlungsschritte und Maßnahmen vorzustellen.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsschritte zur Konkretisierung der einzelnen Bauabschnitte für die öffentliche Beratung vorzubereiten.*
- II. *Das im Nebengebäude des Palais vorhandene Gemeindearchiv wird dort nicht mehr untergebracht.*
- III. *Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden vertraglichen Regelungen mit dem KKR vor dem Hintergrund der anstehenden Bauarbeiten am Palais gemeinsam mit dem KKR anzupassen. Der überarbeitete Vertragsentwurf ist in einer der kommenden Sitzungen des Kultur- und Sportausschusses vorzulegen.*
- IV. *Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines öffentlichen Interessenbekundungsverfahrens unter Beteiligung der örtlichen Vereine und Institutionen, Kunstschaffenden, Gastronomen und Bürgerinnen und Bürger ein Konzept für das Palaisensemble als Marketingschwerpunkt der Gemeinde unter Einbeziehung von Schlosspark, Turnierplatzgelände sowie den Palaisgarten selbst mit gleichzeitiger Berücksichtigung der Aufgaben der Residenzort Rastede GmbH unter der Federführung der Gemeinde zu entwickeln.*

Herr Henkel bemerkt, dass der Beschlussvorschlag einige widersprüchliche Aussagen beinhaltet, sodass beispielsweise aufgrund des Beschlusstils unter IV. das von den Ratsgremien beschlossene Konzept obsolet wäre und bei einem Verzicht auf eine Kündigung, der KKR keine Notwendigkeit hätte zu handeln. Im Übrigen muss klar sein, wer künftig den Hut auf hat.

Bürgermeister Krause hinterfragt bezüglich des Antrags von Herrn Lehnern ergänzend, mit welchen Intentionen das Vertragswerk überhaupt angepasst werden soll. Aus Sicht der Verwaltung ist es unumgänglich sich klar zu positionieren und vertragliche Klarheit zu schaffen. Im Übrigen ist es nicht zielführend, die Vorlage wie von Herrn Lehnern eingangs gefordert zu splitten, da es sich um ein Gesamtkonzept handelt, das in seiner Gesamtheit vorgestellt und bewertet werden muss.

Herr Janßen weist darauf hin, dass beim Beschlussvorschlag der Gruppe CDU/Grüne der Absatz 2 des Beschlusstils I in Widerspruch zu Beschlusstil IV steht und die genannte Summe unter Punkt 1c um rund eine Million Euro zu gering ist.

Herr Lehnert bitte um eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

Herr Lehnert gibt zu verstehen, dass die Gruppe CDU/Grüne die Punkte I (mit Zusatz Veranstaltungshalle) und II des SPD-Antrags mitträgt und an den Punkten III und IV des eigenen Änderungsantrags festhält. Im Übrigen fordert er den KKR und die Verwaltung auf, einen Vertragsentwurf vorzubereiten, der die Zusammenarbeit für die Zeit bis zum Baustart, während der Bauphase und nach Abschluss der Bauarbeiten regelt, wobei spätestens zum Baustart die Gemeinde wieder Hausherrin des Palais sein muss.

Herr Henkel erklärt, dass der Beschlussvorschlag in der Praxis so nicht händelbar ist und deutlich formuliert werden muss, was beispielsweise dem KKR zugestanden werden soll, da der KKR beispielsweise auch noch ein Budget für 2021 einfordern wird.

Herr Lehnert bittet darum, über den Beschlussvorschlag abstimmen zu lassen und Details gegebenenfalls noch im VA zu regeln.

Bürgermeister Krause, Frau Fisbeck und Herr Janßen erklären übereinstimmend, dass in öffentlicher Sitzung geklärt werden sollte, was konkret von der Gruppe CDU/Grüne gewünscht und beschlossen werden sollte.

Frau Dr. Eytting unterbreitet den Vorschlag, den endgültigen klingenden Begriff Kündigung in Änderungskündigung umzuformulieren.

Herr Henkel führt aus, dass eine Änderungskündigung auch eine Kündigung darstellt und es daher sinnvoll erscheint, die Verwaltung gleichzeitig zu beauftragen mit dem KKR kurzfristig Verhandlungen über eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit unter der Federführung der Gemeinde Rastede aufzunehmen. Im Übrigen schlägt er vor, den diskutierten Aspekt „Veranstaltungsraum“ wie fraktionsübergreifend gewünscht zu ergänzen und in Absatz IV die Verwaltung zu beauftragen, die Konzeption auf der Grundlage der Anlage 1 zur Vorlage 2018/014 unter Mitwirkung von weiteren Dritten als Marketingschwerpunkt weiter zu entwickeln. Daran anschließend konkretisiert Herr Henkel die nachfolgende Beschlussempfehlung.

Beschlussempfehlung:

- I. 1. Das grundlegende Konzept zur Durchführung baulicher Maßnahmen im Bereich des Palaisensembles wird gemäß den Darstellungen, die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt sind, mit folgenden Maßgaben beschlossen:
 - a) Die Baumaßnahmen werden unter vorrangiger Berücksichtigung einer baulichen Ertüchtigung und historischen Instandsetzung des Palaisensembles, in der Rangreihenfolge bestehend aus Palais, Nebengebäude, Marstall und Remise sowie nachrangig den Torhäusern und eines Veranstaltungsraumes, durchgeführt.
 - b) In Bezug auf den Neubau des in der Planung vorgesehenen Veranstaltungsraumes wird die Verwaltung beauftragt, ein gesondertes Nutzungskonzept insbesondere auch unter wirtschaftlichen Aspekten zu erstellen, welches den politischen Gremien vorzustellen ist.

c) Zeiträume, Umsetzungsphasen und finanzielle Auswirkungen haben sich neben den Kriterien zu a. und b. auch an den Bedingungen der noch ausstehenden Bewilligungsbescheide zu orientieren.

d) Insgesamt soll sich der Eigenanteil der Gemeinde auf max. 800.000 Euro bei einem derzeit geschätzten Bauvolumen von 3.100.000 Euro belaufen.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Baukosten um weitere Kosten der Einrichtung, Ausstattung und Herrichtung der Gesamtanlage erhöhen können. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung einer Weiterentwicklung des bereits beschlossenen Nutzungskonzeptes gemäß Anlage 1 zur Vorlage 2018/014 beauftragt, hierfür zu gegebener Zeit konkrete Handlungsschritte, Maßnahmen und den Kostenumfang vorzustellen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Übrigen die weiteren Planungsschritte zur Konkretisierung der einzelnen Bauabschnitte vorzubereiten.

- II. Das im Nebengebäude des Palais vorhandene Gemeindearchiv wird dort nicht mehr untergebracht.
- III. Der Vertrag zwischen dem Kunst- und Kulturkreis Rastede e.V. (KKR) sowie der Gemeinde Rastede vom 16.07.2018 wird unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist mit Wirkung zum 31.12.2020 gekündigt. Die Verwaltung wird gleichzeitig beauftragt, mit dem KKR kurzfristig Verhandlungen für eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit unter der Federführung der Gemeinde Rastede aufzunehmen, die sich auf die Zeiträume vor, während und auch nach der Bauphase beziehen. Soweit rechtliche Verpflichtungen bestehen, ist finanziell sicherzustellen, dass diese ordnungs- und fristgemäß, auch soweit über den 31.12.2020 hinausgehend, abgewickelt werden können. Dem Verein wird die Möglichkeit eingeräumt, nach Abschluss der Baumaßnahmen eine Räumlichkeit (mit) zu nutzen, soweit er sich in die Gesamtaufgabenstellung integriert.
- IV. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Konzeption auf der Grundlage der Anlage 1 zur Vorlage 2018/014 unter Mitwirkung von weiteren Dritten zu entwickeln und als Marketingschwerpunkt der Gemeinde unter Einbeziehung des Palaisensembles mitsamt Schlosspark und Turnierplatzgelände bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Residenzort Rastede GmbH auszugestalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**Auflösung des Gemeindearchivs
Vorlage: 2020/080**

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel stellt anhand einiger Folien die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage vor und weist insbesondere noch einmal darauf hin, dass bei einer Verlagerung des Archivs ins Staatsarchiv nichts verloren geht, sondern im Gegenteil eine professionelle Aufarbeitung vorgesehen ist, um die Inhalte für Jedermann auch in digitaler Form zugänglich machen zu können. Eine alternative Unterbringung in Rastede würde nicht nur zusätzliche Raum-, sondern bei einer professionellen Betreuung auch nicht unerhebliche Personalkosten im mittleren fünfstelligen Bereich verursachen.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Henkel, dass entsprechend dem Niedersächsischen Archivgesetz das Archiv sowohl in Eigenregie betrieben als auch dem Staatsarchiv übertragen werden kann.

Herr Langhorst bemerkt, dass noch zahlreiche Fragen hinsichtlich der Kosten, der Alternativen sowie des erforderlichen Personaleinsatzes zu klären sind, sodass er die Verwaltung konkret auffordert, Alternativen zu einer Auslagerung nach Oldenburg zu prüfen und die Kosten für alle Möglichkeiten auf den Tisch zu legen. Dessen ungeachtet begrüßt er eine Dauerleihgabe der Zoller-Sammlung an das Naturkundemuseum in Oldenburg, während das „historische Gedächtnis“ aus seiner Sicht besser in Rastede aufgehoben wäre.

Frau Icken unterstützt die Beschlussempfehlung der Verwaltung und unterstreicht, dass das Archiv besser in einem gut organisierten Staatsarchiv aufgehoben ist, wo für Jedermann ein Zugriff möglich ist.

Frau Eyting schließt sich den Ausführungen von Herrn Langhorst weitestgehend an, ergänzt jedoch, dass das Archiv für viele Rasteder eine „Seele“ hat und die Bürgerinnen und Bürger die Rasteder Identität damit verbinden. Daher sollte nach Alternativen für die Verlagerung des Archivs in Rastede gesucht werden, wozu aus Ihrer Sicht geeignete Räumlichkeiten zu eruiieren, eine Gegenüberstellung der Kosten für die Unterbringung zu erfolgen und die Möglichkeiten zur Betreuung des Archivs (sowohl professionell als auch ehrenamtlich) zu prüfen wäre.

Frau Fisbeck erinnert daran, dass bereits Herr Lohkamp und Herr Scheele alternative Räumlichkeiten in Rastede gesucht haben, jedoch in der Vorlage bedauerlicherweise diesbezüglich kein Hinweis zu finden ist. Sie spricht sich dafür aus, nach alternativen Standorten zu suchen, um das eigentliche Archiv nach Möglichkeit in Rastede unterbringen zu können und gleichzeitig auf diesem Weg den Bürgerinnen und Bürger eine einfache und unkomplizierte Nutzung zu ermöglichen.

Herr Dau legt dar, dass die Digitalisierung zwar immer weiter voranschreitet und Professionalität und Wirtschaftlichkeit nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, jedoch es andererseits auch jungen Rastedern wichtig ist, dass die Rastede Geschichte in Form des Archivs vor Ort bleibt.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass die eingelagerten Materialien das Archiv nahezu vollends ausfüllen, sodass bei einem Verbleib in Rastede ein Haus angemietet werden müsste. Darüber hinaus wären auch noch erhebliche Personalkosten einzuplanen, da bei der von einigen Ratsmitgliedern angedeuteten hohen Bedeutung des Archivs, diese Aufgabe ehrenamtlich nicht mehr zu leisten, und eine professionelle Betreuung unerlässlich ist.

Herr Lehnert gibt zu verstehen, dass die Hinweise aus den Fraktionen berechtigt sind und in der Vorlage ein ernsthaftes Bemühen, das Archiv im Ort behalten zu wollen, nicht im Ansatz erkennbar ist, sodass der Wunsch nach der Vorstellung von Alternativen mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen nachvollziehbar und begründet ist. Aus seiner Sicht verfügt Rastede durchaus über Potenziale, die Institution in Rastede gegebenenfalls auch mit Unterstützung einer noch zu gründenden Stiftung zu behalten und zudem auch weiter überwiegend ehrenamtlich betreiben zu können. Er unterbreitet daraufhin nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des Kultur- und Sportausschusses Alternativen zum Vorhalten eines eigenen Archivs in der Gemeinde vorzustellen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag von Herrn Lehnert abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des Kultur- und Sportausschusses Alternativen zum Vorhalten eines eigenen Archivs in der Gemeinde vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Trennung der fachlichen Archivarbeit
- Umfang der Archivarbeit
- Bedeutung des Archivs für Rastede

Tagesordnungspunkt 8

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sportausschusses um 20:48 Uhr.